



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 13.06.2018, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Oßweil -
Baukostenzuschuss Sanierung Reithallendach**

Vorl.Nr. 073/18

Beschluss:

Der Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Oßweil erhält für die Sanierung des Reithallendaches bei anrechenbaren Kosten in Höhe von 210.630 € einen Zuschuss in Höhe von 50 %, höchstens jedoch 105.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber
Stadträtin Moersch
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt er mit, dass TOP 10 und TOP 11 aufgrund der Fülle der heutigen Tagesordnung zurückgezogen werde. Zu diesen Themen werde zu einem anderen Zeitpunkt berichtet. Nachdem keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht werden, ruft EBM Seigfried TOP 1 auf.

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage 073/18 abstimmen.

Beschluss:

Der Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Monrepos e.V. erhält für die Umstellung aller Leuchtanlagen auf dem Vereinsgelände von konventioneller Beleuchtung auf LED-Beleuchtung bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 31.500 € einen Zuschuss in Höhe von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 15.750 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber
 Stadträtin Moersch
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

abweichender Beschluss:

1. Den vorliegenden Anträgen auf Schulsozialarbeit für die Grundschulen wird aufgrund des beschlossenen Ausbaurkonzepts aus Vorlage 147/16 und unter Vorbehalt der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2019 zugestimmt.
2. Der vorliegende Antrag zur Aufstockung von 50% Schulsozialarbeit je Ludwigsburger Gymnasium wird *um ein Jahr* zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der abweichende Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) verweist auf die Vorlage und teilt mit, dass es einen Interessenkonflikt zwischen den Gymnasien und der Stadt gebe. Das Einverständnis der Gymnasien sei nicht gegeben. Aufgrund Krankheit und Stellenwechsel habe es eine Vakanz gegeben und eine fundierte Analyse sei nicht möglich gewesen. Der Vorschlag sei die Bewertung zurückzustellen.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** merkt an, dass er weiter die Grundschulen ausbauen wolle. Hierzu wolle er noch wissen, ob alle Grundschulen abgedeckt seien. Zudem könne er die Aufteilung bei der Justinus-Kerner als Werkrealschule und Gemeinschaftsschule nicht nachvollziehen. Bei den Realschulen sehe er ein Ungleichgewicht. Er könne der Vorlage zustimmen. Bei einer nächsten Beratung wolle er die Gottlieb-Daimler-Realschule in den Fokus nehmen.

Hierzu merkt Frau **Schmetz** an, dass 150% für die Gemeinschaftsschulen zur Verfügung stehe. Sie halte dies für notwendig. Früher sei der Schlüssel für die Werkrealschulen bei 200% gelegen. Die Justinus-Kerner-Schule werde in Schularten und verschiedene Träger getrennt.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** werde ebenso zustimmen. Ein frühes präventives Eingreifen sei sinnvoll. Einfacher wäre in diesem Bereich eine verbindliche Ganztageschule. Die Empfehlung des bundesweiten Kooperationsverbandes liege bei einer Fachkraft für 150 Schüler oder zumindest pro Schule eine Stelle. Die Entwicklung der Stadtbevölkerung und Wirkung der Prävention müsse ebenso beachtet werden.

Grundsätzlich werde der Vorlage zugestimmt, so Stadtrat **von Stackelberg**. Unstrittig sei der erste Abschnitt. Dem zweiten Abschnitt könne so nicht zugestimmt werden, da er nicht damit

einverstanden sei, dass die Gymnasien zurückgestellt werden. Der Bedarf sei begründet. Er bittet um getrennte Abstimmung. Im Umfeld der Schulen gebe es Mobbing und Drogenhandel. Er halte es für bedenklich, dass für präventive Maßnahmen kein Raum sei. Er stelle sich vor, dass zumindest 50% Stellenanteile verteilt auf die größeren Schulen eingesetzt werde. Er wünsche noch nähere Information zur Hirschbergschule. Hier sei die Ausstattung mit 150% im Vergleich zur Schülerzahl nicht nachvollziehbar.

Stadtrat **Dengel** sieht die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit. Er bitte um schnelles Nachrüsten bei den Gymnasien.

Stadtrat **Eisele** sehe es positiv, dass alle Grundschulen ausgestattet seien. Er wolle ebenso eine getrennte Abstimmung. Die Gymnasien haben mittlerweile, auch durch den Wegfall der Grundschulempfehlung, eine andere Zusammensetzung. Hier werde Schulsozialarbeit gebraucht.

Für den Ausbau der Schulsozialarbeit spricht sich Stadtrat **Kube** aus. Er könne Absatz 1 zustimmen, jedoch Absatz 2 nicht.

Frau **Schmetz** informiert über die Relation Schüler und Schulsozialarbeit. Früher habe man nach Sozialindikatoren entschieden. Der Basisausbau solle an jeder Schule sichergestellt sein. Die Infrastrukturelemente seien nicht aufgehoben worden. Die Zusammensetzung und die Themen der Schüler seien unterschiedlich. Für die weiterführenden Schulen, ausgenommen Werkrealschulen, brauche man für die Erhebung und Bewertung gewisse Sozialindikatoren, Zeit und Fallzahlen. Diese liegen momentan noch nicht vor. Zum Thema Drogen in der Innenstadt gebe es für diesen Präventivbereich ein Projekt. Hierfür gebe es in der Innenstadt Infrastrukturangebote.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass der Vorschlag auf der Grundlage basiere, dass die Schule eine Schulsozialarbeit wünsche, soziale Indikatoren und vorhandene Umgebungsangebote zu berücksichtigen seien. Gerade in der Innenstadt gebe es eine soziale Infrastruktur mit verschiedenen Maßnahmen durch Dritte. Er wolle nochmal Klärung bezüglich der Abstimmungsmodalitäten.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** wünsche eine Terminierung in Ziffer 2 und die Aufnahme, dass die Zurückstellung ein Jahr betreffe.

EBM **Seigfried** könne sich diesem Vorschlag anschließen.

Stadtrat **von Stackelberg** wolle an der getrennten Abstimmung festhalten. Er beantragt im ersten Schritt eine 50% Stelle für die Innenstadt neu zu schaffen. Dennoch solle die Aufstockung im folgenden Jahr nicht ausgeschlossen werden.

EBM **Seigfried** macht den Vorschlag, dass er getrennt Ziffer 1 abstimmen lasse. Danach werde über den weitergehenden Antrag der SPD abgestimmt, dass eine 50% Stelle eingerichtet werde, abgestimmt. Sollte dieser keine Mehrheit erhalten, werde über den geänderten Beschlussvorschlag zu Ziffer 2 abgestimmt.

Stadtrat **Kasdorf** halte es für sinnvoll die Schulsozialarbeit auszubauen, könne dem Vorschlag von Stadtrat von Stackelberg dennoch nicht zustimmen. Er halte eine 50% Stelle für die große Schüleranzahl als zu gering. Er halte den Vorschlag von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit bezüglich der Vertagung um ein Jahr als sinnvoll.

EBM **Seigfried** lässt getrennt über Ziffer 1 des Beschlussvorschlages abstimmen. Danach lässt er über den Antrag der SPD abstimmen. Nachdem dieser keine Mehrheit findet, wird über den geänderten Beschlussvorschlag, wie oben kursiv eingefügt, zu Ziffer 2 abgestimmt. Vorsorglich werden bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2019 diese Stellen angemeldet.

Beschluss:

1. Das Sprachförderkonzept „Ludwigsburger Modell Sprache bilden und fördern“ wird ab dem 01.01.2019 für weitere fünf Jahre bis 31.12.2023 fortgeführt.
2. Die Zuschüsse an die Träger werden von 5.000 Euro auf 6.000 Euro pro 0,2 Stellenanteile erhöht.
3. Die Sprachförderung an weiterführenden Schulen (ehemals Mercator) wird ab dem 01.01.2019 für fünf Jahre bis 31.12.2023 fortgeführt.
4. Die Aufwandsentschädigung der Sprachbegleiter wird ab dem Schuljahr 2018/2019 von 8,25 Euro/Schulstunde auf 9,00 Euro/Schulstunde erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) informiert zum Thema und fügt hinzu, dass der Antrag von Stadträtin Burkhardt in der Vorlage berücksichtigt worden sei.

Frau **Schmitz** (FB Bildung und Familie) informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBM **Seigfried** fügt ergänzend hinzu, dass dieses Thema als Generalziel gebildet worden sei. Er sehe hier einen zentralen Hebel für den Schulerfolg. Die klassische Sprachförderung in den Familien stelle ein Problem dar. Er eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Seyfang** sieht hier eine wichtige, notwendige und freiwillige Leistung der Kommune. Die Entwicklung zeige weiterhin die Notwendigkeit. Dennoch sehe sie die Eltern in der Pflicht. Sie werde der Vorlage zustimmen. Sie wünsche sich eine Überprüfung und Anpassung in drei Jahren. Ebenso die Aufwandsentschädigung für die Schulbegleiter. Weiter wolle sie wissen, ob andere Träger, wie PH, Waldorfkindergarten, Montessori, sich am Projekt beteiligen. Zudem wolle sie wissen, weshalb die Stellenanteile gesunken seien.

Frau **Schmitz** geht auf die letzte Frage ein und teilt mit, dass dies vom Verteilerschlüssel der Klassen abhängig sei.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sieht das Resultat als sehr gut. Sie könne der Vorlage zustimmen. Weiter spricht sie das Thema Digitalisierung an.

Ebenso bedankt sich Stadtrat **Daferner** für die Vorlage und werde zustimmen. Die Sprachförderung sei in den Familien nicht mehr so ausgeprägt. Die Sprachmodelle sollen unterstützt werden. Eine dynamisierte Anpassung und eine Berichterstattung nach drei Jahren sehe er als sinnvoll.

Ebenso werde Stadtrat **Dengel** das Modell unterstützen. Weiter interessiere ihn eine Aufteilung der Zahl der Kinder aus deutschen Haushalten und Kinder mit Migrationshintergrund, deren Eltern bereits länger als 20 Jahre in Deutschland leben.

Stadtrat **Eisele** sieht die hohe Anzahl der geförderten Kinder als erstaunlich. Er sehe diese Arbeit als sehr wichtig und sinnvoll, jedoch auch sehr kostspielig. Leider übernimmt das Elternhaus diese Aufgabe nicht umfassend. Man habe hier ein Instrument für Kinder mit Migrationshintergrund, wie auch für deutsche Kinder und auch zur Konfliktbewältigung. Er stimme der Vorlage zu.

Stadtrat **Kube** wird der Vorlage ebenso zustimmen.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen und sagt zu, dass eine Überprüfung nach drei Jahren erfolge. Die anwesende Stadträtin Burkhardt teilt mit, dass ihr gestellter Antrag mit dem Beschluss zur Vorlage als erledigt betrachtet werde.

TOP 4.1**Sprachförderung in den Kitas der Evangelischen
Gesamtkirchengemeinde Ludwigsburg
- Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt vom
21.11.2017****Vorl.Nr. 521/17**

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit Beschluss der Vorlage 172/18 erledigt.
Zum Beratungsverlauf wird auf TOP 4 verwiesen.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) informiert anhand einer Präsentation über die Inklusion in der frühkindlichen Bildung. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei. In der letzten Zukunftskonferenz sei dies ein Schwerpunktthema gewesen. Der Fokus stehe im vorschulischen Bereich. Die Rückmeldungen aus den Einrichtungen bezüglich der Änderungen seien positiv. Frau Schmetz geht auf die Einrichtungsmodelle ein und vervollständigt, dass sich die evangelische Kirche für das bisherige Modell entschieden habe. Als Starterkommune sei man 2014 in das Projekt eingestiegen. Die Projektverantwortung liege bei der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg. Während des Projektzeitraumes habe es mehrere Workshops und Lernwerkstätten gegeben. Bei der Inklusion stehe das Team im Mittelpunkt. Dankbar sei sie über die Fördergelder der Schaaf-Stiftung in Höhe von 50.000,-- Euro. Als Kooperationspartner habe man Kubus e. V. gefunden. Die Betitelung sei „Inklusive Dir“. Sie gehe davon aus, dass die Fortbildungen gut angenommen werden.

EBM **Seigfried** merkt an, dass die Haltung des Teams enorm wichtig sei. Zudem beeinflusse dieses Thema die Platzzahl in den Einrichtungen. Er eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** wünsche sich einen Erfahrungsbericht in etwa zwei Jahren. Hier müsse man sich über die Form des Vergleiches Gedanken machen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht die strukturellen Voraussetzungen, wie Gebäude, Materialien, an. Weiter spricht sie den Personalbedarf an.

Es sei ein toller Prozess, so Stadträtin **Faulhaber** und lobt Beteiligte. Zudem sei der Titel „Inklusive Dir“ sehr gelungen.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge eingehen, stellt EBM **Seigfried** die Kenntnisnahme fest und schließt diesen TOP.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft Top 6 auf und begrüßt die anwesenden geschäftsführenden Schulleiter Herrn Hilbert und Herrn Bleil.

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass der Planungskorridor im letzten Jahr bei 40 Klassen gelegen habe. Die Prognose sei eingetroffen.

EBM **Seigfried** erteilt den Schulleitern das Wort. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden. Die Schulleiter berichten, dass eine geringfügige Lenkung erfolgt sei. Man Sorge sich um die Entwicklung des Mörike-Gymnasiums. Insgesamt habe sich der Schulstandort bestätigt. Zudem wird der umsichtigen Arbeit des Fachbereiches 48 gedankt, wie auch der Unterstützung durch das Gremium.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** will wissen, wie viele Schüler einpendeln.

Weitere Informationen zur Umverteilung und Abweisung will Stadtrat **Eisele**.

Frau **Schmetz** merkt an, dass man auswärtige Schüler zum Teil zurückweisen musste.

Eine Klärung zum Einbruch der Schülerzahlen an der August-Lämmle-Grundschule will Stadtrat **Kasdorf**.

Im Bereich der Kindertageseinrichtungen habe sich die Prognose erfüllt. Eine geringe Entspannung erfolge durch die Einrichtung im Häslenweg und durch „unsere Champions“, so Frau **Schmetz**.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass es einen erheblichen Nachfragedruck gebe und geht auf die fehlenden Plätze ein. Für die unmittelbar Betroffenen sei dies unbefriedigend.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge erfolgen, stellt EBM **Seigfried** die Kenntnisnahme fest und schließt diesen TOP.

Beratungsverlauf:

Herr **Prasky** (Polizeidirektor, Ludwigsburg) berichtet anhand einer Präsentation über die Kriminalstatistik 2017. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei. Im Anschluss geht er auf die Fragen aus dem Gremium ein.

Stadtrat **Eisele** will wissen, weshalb bei lediglich zwei Straftaten gegen das Leben ein Tatort feststehe.

Hierzu äußert sich Herr **Prasky** dahingehend, dass die Tatorte nicht zugeordnet werden konnten.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** wundert sich, dass bei Rauschgiftdelikten nicht wie erwartet der Bahnhof der Umschlagplatz sei.

Herr **Prasky** merkt an, dass sich dies auf verschiedenen Flächen, unter anderem dem Akademiehof, der Bärenwiese, wie auch im privaten Wohnraum, ereigne. Er fährt in seiner Präsentation fort. Insbesondere geht er auf den unerfreulichen Anstieg des Wohnungseinbruchdiebstahls ein. Hier werden auch vor Ort Beratungen angeboten. Weiter geht er auf den Städtevergleich mit Reutlingen und Esslingen ein. Im Anschluss an seine Präsentation bedankt er sich bei der Verwaltung, insbesondere beim Fachbereich 32 für die gute Zusammenarbeit und beim Gremium ebenso.

EBM **Seigfried** dankt dem Vortragenden. Das subjektive Sicherheitsgefühl werde durch einzelne Ereignisse beeinflusst. Für ein funktionierendes Gemeinwesen sei die gefühlte Sicherheit von herausragender Bedeutung. Überrascht sei man zum Teil von den objektiven Daten. Im Jahre 2012 sei der KOD als eine freiwillige Leistung der Kommune eingerichtet worden. Er sehe dies als eine sinnvolle Ergänzung.

Stadtrat **Meyer** findet die jährliche Vorstellung als wichtig. Insbesondere geht er auf die Wohnungseinbrüche und die Straßenkriminalität ein. Über die gute Zusammenarbeit der Polizei und dem KOD/SVD sei er froh. Dennoch mache es zum Teil den Anschein, dass sich durch den Einsatz des KOD die Polizei zurücknehme. Letzteres hänge mit Sicherheit auch von der personellen Zusammensetzung ab. Weiter geht er auf das Thema Lärm ein.

Stadtrat **Kasdorf** merkt an, dass es in Ludwigsburg keine Schwerpunkte gebe. Die Bürger fühlen sich in Ludwigsburg wohl, auch in der Innenstadt. Weiter geht er auf das Thema Wohnungseinbruch ein. Dies sei ein Eingriff in die Privatsphäre. Hier solle mit einer attraktiven Plakatierung präventiv eingewirkt werden. Zudem spricht er das Thema Betäubungsmittel und Alkohol ein. Alkohol werde in der Gesellschaft akzeptiert. Hier müsse die Gesellschaft handeln. Er dankt für die Berichterstattung.

Stadträtin **Faulhaber** spricht ebenso ihren Dank aus. Sie wünscht sich die Beachtung von Gender bei der Opferstatistik. Bedenklich sehe sie das junge Alter der alkoholisierten Straftäter. Weiter geht sie auf das Thema Körperverletzung ein. Gesellschaftlich dürfe dies nicht zugelassen werden. Zudem stellt sie die Frage, ob die Ausstattung in Ludwigsburg ausreichend sei. Zum Thema Vergewaltigung wolle sie die Gesamtzahl wissen. Sie spricht ein Lob an alle Beteiligten aus.

Ebenso dankt Stadtrat **Dengel** für die gute Arbeit. Dennoch habe er den Eindruck, dass am Wochenende zu wenige Sicherheitskräfte vor Ort seien.

Auch Stadtrat **Eisele** dankt für den Vortrag. Bis auf einzelne Themen sei die Entwicklung

erfreulich. Ihn interessiere, ob die Autobahnnähe ein Aspekt sei. Zum Thema Respekt gegenüber der Polizei interessiere ihn die Entwicklung.

Stadtrat **Kube** geht auf den leichten Rückgang der Delikte am Bahnhof ein. Ihm falle allerdings auf, dass die Polizei ohne Grund Personen kontrolliere und im Gegensatz andere Gruppen, wie Fußballfans, nicht interessieren. Ein deutlicher Rückgang der Betäubungsmitteldelikte gebe es, sobald Cannabis legalisiert werde, so Kube.

Herr **Prasky** geht auf die offenen Fragen ein. Durch Präsenz versuche man die subjektive Sicherheit herzustellen. Der KOD/SVD sei eine wichtige Ergänzung. Man stimme sich in vielen Maßnahmen ab und mache gemeinsame Schwerpunktaktionen. Der ruhende Verkehr sei ein weites, schwieriges Thema. Hier müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Eine Plakatierung werde zu Beginn der dunklen Jahreszeit erfolgen. Zum Thema sexuellen Missbrauch gebe es örtlich keinen Schwerpunkt. Alkohol sehe er als Katalysator, insbesondere bei der Gewaltkriminalität. Zum Thema personelle Ausstattung teilt er mit, dass momentan eine Einstellungsoffensive gestartet worden sei. Außerdem spiele die demographische Entwicklung eine Rolle. Nicht ausschließen wolle er, dass es eine Gendertabelle bei den Opfern gebe. Die Präsenz sei am Wochenende gegeben. Die Überwachung des ruhenden Verkehrs habe nicht die Priorität 1. Ein kriminologischer Zusammenhang mit der Autobahnnähe sei gegeben. Der Respekt gegenüber der Polizei gehe zurück. Weiter geht er auf die Kontrollen am Bahnhof ein. Hier werde individuell der Kontrollanlass bewertet. Gesamtheitlich falle hier der ZOB und der Bereich bis zur Musikhalle darunter.

Stadtrat **Link** bittet darum, dass zur Prävention vor Ort die Präsenz auf öffentlichen Veranstaltungen erhöht werden solle.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt an, dass die Aufenthaltsqualität durch Müllablagerungen und Alkoholgelage beeinträchtigt werde. Hier finde eine Verdrängung statt, da eine gefühlte Unsicherheit bestehe. Sie wünsche sich eine Diskussion mit eventuellen Veränderungen. Sie schlägt vor, dass mehr Präsenz gezeigt werden solle, wie auch mehr Aufklärung. Zudem könne sie sich ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen vorstellen.

Stadtrat **von Stackelberg** wolle wissen, unter welcher Rubrik in der Statistik die kurdischen Auseinandersetzungen geführt werden.

Herr **Prasky** beantwortet die Fragen. Unter anderem teilt er mit, dass Aufklärung und Infoveranstaltungen stattgefunden habe. Ebenso die Verteilung von Broschüren. Zudem gebe es umfangreiche Beratungsangebote. Die Kurdenstraftaten finden sich in der Statistik unter dem jeweiligen Delikt wieder. Der Themenkomplex werde sehr ernst genommen.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass das Verhalten im öffentlichen Raum ein umstrittenes Thema sei. Insbesondere geht er auf die Müllablagerungen und den Alkoholkonsum ein. Man versuche durch präventive Maßnahmen entgegenzuwirken.

Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) dankt der Polizei für die Zusammenarbeit und die Sicherheit in Ludwigsburg.

Beschluss:

Von einzelnen Motorradfahrern geht durch rücksichtsloses Verkehrsverhalten viel zu hoher Lärm aus, dies soll künftig geahndet werden.

Zur Überwachung der Dezibel-Grenzen im öffentlichen Verkehrsraum wird ein Messgerät in Verbindung mit einem Dialogdisplay beschafft. Außerdem prüft die Verwaltung, ob die bestehenden Geschwindigkeitsmessanlagen hinsichtlich Lärm nachgerüstet werden können.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadträtin Moersch
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) teilt mit, dass ausgehend für die Vorlage der Antrag der SPD-Fraktion sei. Er informiert zum Thema. Man habe ein geliehenes Dezibel-Messgerät installiert und ausgewertet. Für den fließenden Verkehr sei die Polizei zuständig. Hierzu laufen Gespräche.

EBM **Seigfried** wolle das Meinungsbild im Gremium abfragen.

Stadträtin **Faulhaber** findet die Vorlage gut und werde zustimmen. Lärm mache krank, so Faulhaber. Der Anfang mit der Wilhelmstraße sei sinnvoll. Dennoch müssen die Schwieberdingerstrasse und die Friedrichstrasse nachziehen. Die Anschaffung einer mobilen Anlage sei gut und ein Signal an die lärmleidende Bevölkerung. Eine zusätzliche Kontrolle durch die Polizei sei sinnvoll.

Stadtrat **Meyer** sieht den gesamten Lärm, nicht nur die Motorräder. Er befürchte, dass die Messgeräte zu mehr Lärm animieren. Man müsse sich weitere Maßnahmen im Zusammenspiel Stadt und Polizei überlegen. Eventuell müsse über die Bestrafung nachgedacht werden. Die Messung müsse im Sommer erfolgen. Das Verhalten sei klienteltypisch. Ein unsachgemäßes Tuning der Fahrzeuge solle geprüft werden. Ebenso könne über die Einrichtung von Tempo 30 diskutiert werden. Hier bemängelt er die fehlenden Kontrollen und Sanktionen in bisher eingerichteten Tempo 30 Zonen. Er erwarte ein gutes Zusammenspiel mit der Polizei.

Stadtrat **Kasdorf** dankt ebenso für die Vorlage. Der Zeitraum der Messung sei nicht günstig gewählt worden. Die Wetterlage müsse gut sein. Ihm erscheine der Anschaffungsbetrag von 15.000,-- Euro als zu gering. Zudem wolle er wissen, wann die Anschaffung geplant sei. Weiter merkt er an, dass man sich nicht nur auf die Wilhelmstraße konzentrieren dürfe. Die Maßnahme sei im Sinne des Lärmaktionsplanes wichtig und müsse durch Kontrollen und Sanktionen unterstützt werden. Gegebenenfalls müsse über eine Sperrung der Wilhelmstraße für Motorräder nachgedacht werden.

Ebenso werde Stadtrat **Dengel** die Vorlage unterstützen. Er wünsche sich zusätzlich die Aufnahme der PKWs.

Stadtrat **Eisele** werde die Vorlage auch unterstützen. Dennoch wolle er relativieren, dass Dauerlärm krank mache. Zudem spreche er die Lärmbelastung durch aufgedrehte Musikanlagen im Auto an. Zur Umrüstung der bestehenden Messanlagen wünsche er sich mehr Information.

Stadtrat **Kube** kann aus eigener Erfahrung berichten, dass die Lärmbelastung von Motorrädern, wie auch von Autos ausgehe. Der punktuelle Lärm sei sehr belastend. Zudem spreche er den Lärm durch das Korso fahren nach WM Veranstaltungen an.

Stadtrat **von Stackelberg** fügt hinzu, dass das Überfahren von Kanaldeckeln ebenso lärmbelastend sei. Insbesondere falle dies in der Friedrichstraße auf.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass dieses Thema in den Haushaltsberatungen aufgenommen werde. Rechtliche Anordnungen werden leider nicht eingehalten. Es gebe massive Regelverstöße. Bei feiernden Personen gebe es eine Angemessenheitsregel. Im Anschluss lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist mit Beschluss zur Vorlage 057/18 erledigt.
Zum Beratungsverlauf wird auf TOP 8 verwiesen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Erhöhung der Benutzungsgebühren der Kategorie I, Kategorie II und Kategorie III zum 01.07.2018 wird zugestimmt. Für Selbstzahler und Kinder wird eine Ermäßigung festgelegt.
2. Der Änderung der Satzung in den §§ 3 und 15 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Beschlussempfehlung wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadträtin Moersch
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Herr **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) stellt die überarbeitete Vorlage vor und verweist auf die Beratung in der BSS-Klausur.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** hätte sich einen zeitlichen Abstand zwischen dem Beschluss und der Umsetzung gewünscht. Die Befristung auf drei Jahre sei sinnvoll. Ebenso die Regelung zum Leerstand. Hier wünsche er sich einen sensiblen Umgang. Das Thema sei schwierig, dennoch verstehe er, dass entsprechende Maßnahmen zu treffen seien. Die Ermäßigung bei den Kindern sehe er als wichtig. Er könne der Vorlage zustimmen.

Die grundlegende Überarbeitung der Vorlage habe sich gelohnt, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Die Anpassung sei dringend notwendig gewesen. Positiv sehe sie den Umgang mit den Selbstzahlern. Weiter geht sie auf den angespannten Wohnungsmarkt ein. Sie werde der Vorlage zustimmen.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass die größte Anzahl im Bereich der Flüchtlinge sei.

Stadträtin **Faulhaber** sieht die Überarbeitung, vor allem im Hinblick auf die Selbstzahler, Kinderermäßigungen und den Vergleich mit anderen Kommunen, als positiv. Dennoch werden nicht alle Fraktionsmitglieder dieser Vorlage zustimmen. Bereits heute wolle sie die Problematik der Finanzierung ansprechen. Andere staatliche Stellen, wie das Jobcenter, legen beim Wohnraum die Quadratmeter zugrunde. Die hohen Preise für die Selbstzahler, vor allem bei Familien, seien

problematisch. Weiter spricht sie die verschiedenen Kategorien und die Qualität der Unterkünfte an.

Bis zur Gemeinderatssitzung wünsche sich Stadtrat **Dengel** eine aufgeschlüsselte Anzahl der Betroffenen.

Stadtrat **Eisele** werde der Vorlage zustimmen. Ebenso wolle er eine Aufschlüsselung auf Familien, Einzelpersonen, Kinderanzahl.

EBM **Seigfried** merkt an, dass die Mietobergrenze nach dem SGB II erhöht werden solle.

Herr **Mayer** fügt hinzu, dass ein Finanzierungsloch entstehen könne, wenn die Kosten höher als die Transferleistungen seien.

Stadtrat **Kube** sehe es positiv, dass das Thema bei den Selbstzahlern geregelt sei. Die Obdachlosigkeit müsse grundsätzlich bekämpft werden. Hierzu gehöre bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und den Wohnungsleerstand zu beseitigen. Letzteres auch notfalls gegen den Willen der Eigentümer.

Herr **Mayer** teilt mit, dass es einen Wohnungsleerstand gebe. Hierfür gebe es häufig Gründe. Auf die Eigentümer werde zugegangen.

Stadtrat **von Stackelberg** sehe eine gerechtere Umlegung der Kosten inklusive Hausmeisterkosten und Sozialarbeit auf die Quadratmeter. Weiter wünsche er eine zeitnahe Beantwortung der eingereichten Fragen. Beispielhaft fügt er an, dass Personen in der Anschlussunterbringung weniger Kosten zu leisten hätten als in der Obdachlosenunterkunft. Er spricht die soziale Ungerechtigkeit an.

Herr **Mayer** sieht keine soziale Ungerechtigkeit, da eine konkrete, verlässliche Kalkulation vorliege. Die Kalkulation sei unglaublich aufwendig. Für die einzelnen Unterkünfte entstehen unterschiedliche Kosten. Weiter verweist er auf die Unterlagen zur BSS Klausur. Hier seien alle Statistiken aufgeführt.

Stadträtin **Faulhaber** spricht die Unterkunft Teinacherstraße an. Sie verstehe nicht, weshalb hier die Kosten so enorm hoch seien.

Hierzu erklärt Herr **Mayer**, dass im Vergleich zur Unterkunft Riedle weniger Plätze zum Umlegen seien.

EBM **Seigfried** merkt an, dass man nicht in den Zustand einer absoluten Gerechtigkeit kommen werde. Alle Objekte gleich zu veranschlagen, sei ebenso nicht gerecht. Zudem weist er darauf hin, dass es sich hier um Gebühren handle und dies mit Mieten nicht zu vergleichen sei. Nach der Gebührenordnung müssen die Kosten kalkuliert werden.

Stadtrat **von Stackelberg** sehe die Schwierigkeit in der Vergabe der Wohnungen. Weiter wolle er noch nähere Informationen zur Vorgehensweise bezüglich § 3 der Anlage.

Man schaffe sich hiermit das Recht zur Räumung des Zimmers, so Herr **Mayer**. Die Handhabung

TOP 9

**Erhöhung der Benutzungsgebühren für die
Obdachlosenunterkünfte und Änderung der Satzung
über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der
Stadt Ludwigsburg
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 209/18

erfolge hier nach Augenmaß.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 10

**Pakt für Integration Umsetzung des
Integrationsmanagements in Ludwigsburg**

Vorl.Nr. 204/18

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt EBM **Seigfried** diesen TOP ab.

TOP 11

**Projektabschlussberichte Ludwigsburger Akteure für
Integration (LAfl) und Willkommen in Ludwigsburg
(WiL)**

Vorl.Nr. 194/18

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt EBM **Seigfried** diesen TOP ab.